

# Sachanträge

**BDT 2008  
25. & 26. Oktober 2008  
in Haren/Ems**



---

## **Kreisverband Aschendorf-Hümmling**

### **Berufswahl**

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Wir fordern, dass junge Menschen, die kurz vor ihrem Schulabschluss stehen, größere Unterstützung bei der Wahl ihres Berufes erhalten. Wirtschaft und Schule müssen noch stärker als bisher zusammenarbeiten, um zum Beispiel durch praxisorientierte Projekte oder Praktika den Schülern eine Vorstellung ihres zukünftigen Berufes vermitteln zu können. Aber auch die Universitäten und Fachhochschulen sollten nicht nur Hochschultage anbieten, sondern vor Ort in den Bildungseinrichtungen Informationstage veranstalten. Studienberater müssen vermehrt in den Schulen die verschiedenen Studiengänge vorstellen und die jeweilige Hochschule präsentieren.

#### **Begründung:**

Schulabgängern fehlt heutzutage häufig die Orientierung bei der Berufswahl, die eine der wichtigsten Entscheidungen ihres bisherigen Lebens darstellt. Darum ist eine frühzeitige und vor allem umfassende Information notwendig, auch um den Schülern eine mögliche Perspektive für ihr zukünftiges Leben aufzuzeigen. Bei den unzähligen Wahlmöglichkeiten fehlt es Schülern heute an entsprechendem Auskunftsangeboten zur passenden Berufswahl. Es gibt zwar bereits punktuell Ansätze einer Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schulen, doch diese müssen in allen Regionen unseres Landes gleichermaßen angeboten werden. Eine Forcierung dieser Bemühungen von Wirtschaft und Schulen stärkt auch die Motivation und das Interesse der Schüler an neuen Ausbildungen bzw. Studiengängen. Mit Hilfe einer solchen intensivierten Zusammenarbeit sowie durch Informationstage der Hochschulen an den Gymnasien sollen sich die Schüler besser informieren können und die für sie geeignete Beschäftigung finden. So wird eine optimale Motivation bei den Schülern erreicht und es kann eine frühzeitige, bewusste Entscheidung für einen Beruf getroffen werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schüler eine Ausbildung oder ein Studium erfolgreich abschließen und somit ihr Potential optimal nutzen, steigt durch diese verstärkten Angebote.

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**

---

## **Kreisverband Grafschaft-Bentheim**

### **Bezirksveranstaltungen**

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Der JU-Bezirksvorstand möge Überlegungen anstellen, in wie weit man das bisherige Veranstaltungsrepertoire um ein Grundlagenseminar erweitern könnte. Das Seminar sollte sich an alle Mitglieder wenden und diesen Fortbildungen im Bereich der Rhetorik, Pressearbeit, Mitgliederwerbung etc. ermöglichen.

#### **Begründung:**

Die JU- Osnabrück-Emsland- Grafschaft Bentheim veranstaltet jedes Jahr mehrere Bezirksausschüsse, einen Bezirkstag sowie jeweils eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Bezirksverbänden Ostfriesland und Hannover.

Dabei steht die inhaltliche politische Diskussion und Meinungsbildung im Mittelpunkt der Arbeit. Dieser Schwerpunkt für den Bezirksverband soll auch so erhalten bleiben! Allerdings regen wir an, an einem dieser Termine einen anderen Schwerpunkt zu setzen.

So könnte durch ein auf Bezirksebene vernetztes Seminarangebot das Angebot für alle Mitglieder erheblich verbessert werden. Schwerpunkt einer solchen Veranstaltung soll die Verbesserung des „politischen Handwerks“ sein, sprich eine Verbesserung zum Beispiel der Pressearbeit, Rhetorik, Canvassing, Wahlkampf, Internet, etc.

Durch diese Mitgliederschulungen wird die Arbeit des Bezirksverbandes auf Ortsebene wesentlich professionalisiert und das normale Mitglied, aber auch die Funktionsträger der JU vor Ort werden in ihrer Arbeit gestärkt.

Zwar werden auf Kreis- und Ortsebene verschiedene Seminare durchgeführt, jedoch geschieht dies eher unregelmäßig und lückenhaft. Sicher liegt es zum Teil an fehlenden finanziellen Mitteln, vor allem liegt es aber auch daran, dass oftmals nicht genügend Teilnehmer vor Ort gefunden werden.

Auch auf Landesebene wird zum Teil etwas angeboten. Um zu den Seminaren auf Landesebene zu kommen muss man grade als Mitglied unseres Bezirksverbandes weite Fahrtstrecken in Kauf nehmen und Glück haben bei der Anmeldung, da die begehrten Seminare stets überfüllt sind. Zudem wiederholt sich das „Softskill- Angebot“ jedes Jahr, so dass nicht auf die Situation vor Ort reagiert wird.

Sachanträge BDT 2008  
25. & 26. Oktober 2008,  
Haren *Ems*



---

Nach unserer Ansicht ist die Bezirksebene für ein solches Angebot besser geeignet. Hier findet sich ein ausreichendes Potenzial an Seminarteilnehmern. Die Fahrtstrecken sind hinnehmbar. Somit wären die Veranstaltungen gerade auch für das einfache Mitglied vor Ort sehr attraktiv.

Ein solches Seminar auf Bezirksebene wäre eine vorzügliche Verbesserung der jetzigen Situation und würde den Kreis- und Ortsverbänden direkt unter die Arme greifen.

Der Bezirk wird so seiner oft beschworenen Rolle als „Dienstleister“ gerecht!

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**

---

## **Junge Union im Emsland**

### **Bahnverbindung Emsland-Osnabrück**

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Deutsche Bahn AG, den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität Osnabrück sowie weitere Verantwortliche aus Hochschulleitung und Politik auf, unverzüglich die Verhandlungen aufzunehmen, damit die emsländischen Studierenden wieder den DB-Streckenabschnitt zwischen Rheine und Osnabrück bzw. umgekehrt nutzen können.

#### **Begründung:**

Zum Wintersemester 2008/2009 – also seit dem 01. Oktober 2008 – können die Studierenden an der Universität Osnabrück, die entweder täglich oder am Wochenende zwischen ihrer Hochschule und der emsländischen Heimat pendeln, ab bzw. von Osnabrück nach Rheine nur noch die Westfalenbahn in Anspruch nehmen, da der AStA versäumt hat, den sonst üblichen Abschnitt des DB-Regionalexpresses hinzuzukaufen bzw. dies bewusst unterlassen hat, um einer anderen Strecke den Vorzug zu geben. Während man bislang in Rheine einen Anschluss nach Osnabrück bekommen hat, muss man nun 40 Minuten Wartezeit in Anspruch nehmen.

Der örtliche AStA zeigt bislang wenig Handlungswillen. Da die jetzige Grundlage auch bereits für das Sommersemester 2009 besteht, drohen über ein Jahr lang massive Beeinträchtigungen für den Bahnverkehr, obwohl die Züge nach wie vor fahren, nur die Studenten diese mit dem gültigen Semesterticket nicht nutzen dürfen.

Nur direkte Nachverhandlungen mit der Deutschen Bahn AG können kurzfristig Abhilfe schaffen, die dringend nötig ist. Innerhalb der Studierendenschaft formiert sich zwar massiver Widerstand, doch der AStA zeigt keinerlei Aktivität und beschwichtigt lediglich mit Blick auf zukünftige Vertragsverhandlungen.

Der jetzige Zustand ist nicht hinnehmbar. Hier sind alle Kräfte gefordert!

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**

## Kreisverband Lingen

### Familie in den Kern-Curricula der Schulfächer integrieren

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Der JU Bezirksverband Osnabrück-Emsland möge beschließen, dass die niedersächsische Landesregierung das Thema „Familie“ in den Kern-Curricula der Schulfächer elementar integriert.

#### **Begründung:**

1.) Thema „Familie“, diese Worte findet man im Parteiprogramm der CDU immer weit oben stehend, genau des wegen scheint es eine Farce zu sein, warum die niedersächsische Landesregierung bzw. das niedersächsische Kultusministerium die Familie nicht in der Kern-Curricula für Schulen nicht eingebaut hat, besonders in den Unterrichtsfächern Politik, Sachkunde und Wirtschaft sollte dieses Themengebiet vorkommen.

2.) Das Thema selbst ist für die Sicherung und Vermittlung einer Sozialstruktur von großer Bedeutung. In den Schulen bekommen die Schüler durch den Inhalt des Unterrichts Werte vermittelt, wie zum Beispiel Pflichtbewusstsein, Rechtsempfinden usw.! Warum das Gebiet der Familie im Politik-, Sozialkunde-, Wirtschaftsunterricht jedoch nicht vorkommt lässt sich aufgrund der Gewichtung nicht erklären.

**Votum der Antragskommission:      Angenommen**

---

## Kreisverband Lingen

### CDU Familienmitgliedschaft

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die CDU Niedersachsen auf, auf Bundesebene erneut die Initiative für eine CDU-Familienmitgliedschaft zu ergreifen.

#### **Begründung:**

Bereits seit vielen Jahren wird auf Bundesebene – auch auf Anregung aus dem CDU-Bezirksverband Osnabrück-Emsland – über die Einführung einer „Familienmitgliedschaft“ diskutiert. Bislang wurde dieser Vorstoß von Seiten des CDU-Bundesvorstandes immer abgelehnt.

In Zeiten, wo die Politik die Familienförderung und Kinderbetreuung sowie -erziehung in den Vordergrund der politischen Diskussionen und Maßnahmen stellt, sollte sich die Volkspartei – und damit auch „Familienpartei“?! – CDU neuen Mitgliedschaftsformen und damit weiterer Bevölkerungs-/Mitgliederschichten öffnen.

Auf Grundlage bisheriger Anträge sollten neue Papiere und Strategien erarbeitet werden, auf Bundesebene eine Mehrheit für eine echte Familienmitgliedschaft zu erlangen.

#### **Votum der Antragskommission: Angenommen**

---

## Kreisverband Osnabrück-Stadt

### Behandlung DDR Unrecht im Schulunterricht

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück/Emsland fordert, dass sich im Rahmen des Schulunterrichts vermehrt mit den Untaten des DDR-Regimes auseinander gesetzt wird. Dazu sind Besuche durch Zeitzeugen ebenso denkbar, wie der Besuch eines Stasi-Gefängnisses.

#### **Begründung:**

Nach Ansicht der Jungen Union Osnabrück/Emsland werden die Untaten des DDR-Regimes im Deutschen Schulunterricht nur unzureichend behandelt.

Richtigerweise wird sich im Schulunterricht ausführlich mit der Zeit von 1933- 1945 beschäftigt. Dies unterstützt die Junge Union Osnabrück/Emsland ausdrücklich.

Die furchtbaren Machenschaften des DDR Regimes und der Stasi müssen im Schulunterricht deutlicher beleuchtet werden.

- weitere Begründung erfolgt mündlich-

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**



---

## Kreisverband Lingen

### Deutsch-deutsche Geschichte

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die deutsch-deutsche Geschichte zum Gegenstand der Unterrichtsinhalte zu machen, damit diese Themen verstärkt in den Schulen unterrichtet und behandelt werden.

#### **Begründung:**

Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Forschungsverbundes „SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin belegt, dass heutige Schülergenerationen fast nichts mehr mit der DDR-Diktatur und den Machenschaften dieses totalitären Staates anfangen können, weshalb in den Schulen – so das Credo der Wissenschaftler – das Thema verstärkt behandelt werden sollte.

Gerade auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um niedrige Wahlbeteiligung, Politikverdrossenheit, Aufkommen extremistischer, politisch motivierter Gewalt von Rechts und Links sowie der allgemeinen Unzufriedenheit mit den demokratisch legitimierten Vertretungen – dies alles gerade auch unter der jungen Generation – ist eine herausragende Beschäftigung mit dem politischen Unrechtssystem der DDR, der deutschen Teilung, der Wiedervereinigung und allen historischen Hintergründen unablässig.

Die Schulen in Niedersachsen sollten sich bei der Vermittlung dieser Lerninhalte als Vorreiter in Deutschland verstehen.

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**

## Kreisverband Meppen

### Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Irak

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Innenminister Schönemann auf, seinen Widerstand gegen die Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Irak aufzugeben.

#### **Begründung:**

Die Lage der Christen im Irak ist äußerst ernst. Ein Großteil der vor dem Krieg ca. 1.5 Millionen zählenden Gemeinschaft ist bereits aus dem Land geflohen, insbesondere nach Jordanien und Syrien, wo diese unter teils prekären Bedingungen leben. Die im Land verbliebenen Christen müssen um ihr Leben fürchten, es kommt täglich zu Zwangsbekehrungen, Entführungen, Vergewaltigungen und Ermordungen. So wurde beispielsweise im Februar der chaldäisch-katholische Bischof von Mossul entführt und ermordet. Auch im vergleichsweise ruhigen kurdischen Nordirak kommt es immer wieder zu Anschlägen auf Christen und ihre Kirchen, so dass eine sichere innerirakische Fluchtmöglichkeit nicht besteht.

Die JU Osnabrück-Emsland unterstützt daher die Bemühungen des Bundesinnenministers Schäuble, verstärkt den christlichen Flüchtlingen Asyl in Deutschland zu gewähren und ist befremdet von der Tatsache, dass der vehementeste Widerstand dagegen vom niedersächsischen Innenminister Schönemann kommt, seines Zeichens auch Mitglied einer christlichen Partei.

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**

## Kreisverband Osnabrück-Land

### Minderheitsfreundliches Mehrheitswahlrecht

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundestagsfraktionen auf, das Bundeswahlgesetz (BWG vom 23. Juli 1993) dementsprechend abzuändern, dass die bei Bundestagswahlen auf Bundesebene stimmenstärkste Partei automatisch die Hälfte plus ein Mandat der im Bundestag zu vergebenden Sitze als „Mehrheitsbonus“ erhält um den vom Wähler ausgesprochenen Regierungsauftrag ausüben zu können. Überhangmandate sind intern oder durch Ausgleichsmandate zu kompensieren.

#### **Begründung:**

Die Bundestagswahl im Jahr 2005, aber auch die Landtagswahl in Hessen haben gezeigt, dass es für die stimmenstärkste Partei, die Wahl-Gewinnerin, immer schwieriger wird, ihren vom Wähler übertragenden Auftrag zur Regierungsbildung auszuführen. Der Ausgang einer Wahl ist im derzeitigen System immer unwichtiger für die Zusammensetzung der Regierung geworden. In undurchsichtigen Parteiverhandlungen wird immer häufiger ein Regierungsprogramm zusammengezimmert, bei dem Einigkeit maximal über die Überschriften herrscht, bei weitem jedoch nicht mehr über die konkrete Umsetzung der einzelnen Punkte. Konflikte sollten im Bundestag zwischen Regierung und Opposition, nicht jedoch innerhalb der Regierung ausgetragen werden.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, dass nach einer Wahl klar sein muss, wie es weitergeht. Wir erwarten, dass ein neues Wahlrecht mit dem Repräsentationsziel der Mehrheitsbildung verabschiedet wird. Diese Forderung untermauern wir mit dem Vorschlag eines „minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts“.

In unserem Modell, welches an das Modell des österreichischen Professors Dr. Klaus Poier (Professor am Institut für öffentliches Recht, Universität Graz) angelehnt ist, erhält die Wahlgewinner-Partei automatisch 50 Prozent der Sitze plus ein Mandat, alle übrigen Mandate werden verhältnismäßig auf die anderen Parteien mit mehr als 5 Prozent der Stimmen aufgeteilt. Unter der Berücksichtigung, dass Abgeordnete aus gesundheitlichen Gründen bei Abstimmungen fern bleiben oder auch aus Gewissensgründen bei einzelnen Fragen nicht mitgehen könnten, wird die stärkste Partei interessiert sein, mit einer anderen Partei zu koalieren.

---

Hierbei wird sie bevorzugt mit kleineren Juniorpartnern koalieren, um eine rasche Regierungsbildung zu gewährleisten. Die Chance der kleinen Parteien in der Regierung zu sein ist damit größer als unter den derzeitigen Umständen.

Die, im Vergleich zu anderen Mehrheitswahlssystemen, niedrige „Mehrheitsprämie“ verhindert eine extreme Überrepräsentation der stimmenstärksten Partei und gewährleistet zudem die Pluralität des politischen Systems. Der Regierung würde eine starke Opposition gegenüberstehen, deren Handlungsspielraum durch eine Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte gesichert werden sollte.

Ein reines Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen, wie es beispielsweise im Vereinigten Königreich angewandt wird, halten wir nicht für übertragbar auf das deutsche System, da die „Liquidierung“ der kleinen Parteien im deutschen Bundestag, die nur schwer in der Lage sind Wahlkreise direkt zu gewinnen, nicht mit unseren soziopolitischen Rahmenbedingungen vereinbar ist. Weiterhin ist durchaus zu bezweifeln, dass ein Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen klare Mehrheiten hervorbringt. Sieht man die Anzahl der direkt in den Bundestag gewählten Abgeordneten (Erststimme) der Bundestagswahl 2005 als Indikator für die Mandatsvergabe in einem Wahlsystem nach britischem Vorbild, ständen 150 direkt gewählten CDU/CSU-Abgeordneten insgesamt 145 SPD-Abgeordnete, sowie drei Mitglieder der Linkspartei und ein Abgeordneter der Grünen gegenüber.

Die Umstellung auf ein „minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht“ sollte unserem Gesetzgeber nicht allzu viele Schwierigkeiten bereiten, da das Verhältniswahlrecht von den weitsichtigen Vätern unseres Grundgesetzes ganz bewusst nicht festgeschrieben wurde und daher eine Verfassungsänderung nicht notwendig wäre.

Eine Verletzung der Wahlrechtsgrundsätze, nach denen in „allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl“ (Art. 39GG) gewählt wird, sehen wir nicht. Der Gleichheitsgrundsatz, d.h. der gleiche Zählwert der Stimme ist weiterhin gewährleistet und sollte damit auch weiterhin Einfluss auf die Parteienfinanzierung haben. Wir sehen den Grundsatz der unmittelbaren Wahl der Abgeordneten sogar als gestärkt, da nur direkt gewählte Abgeordnete eine hundertprozentige Garantie auf den Einzug in den Bundestag haben, sollte die Partei nicht als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgehen. Somit besteht ein großer Anreiz zur Intensivierung der Bürgerkontakte im Wahlkreis, da sicherere Wiederwahlpositionen auf den Landeslisten durchaus begrenzt sind.

Durch die Reduzierung der Mandate der weiteren Parteien können Überhangmandate leichter auftreten. Da diese zur Verzerrung des Wählerwillens führen, sollten sie intern (innerhalb der Landeslisten) kompensiert werden, beziehungsweise, besonders bei externen Überhangmandaten, gegeben falls durch

Sachanträge BDT 2008  
25. & 26. Oktober 2008,  
Haren *Ems*



---

Ausgleichsmandate für die weiteren Parteien neutralisiert werden. Somit ist weiterhin gewährleistet, dass die stimmenstärkste Partei den Regierungsauftrag ausüben kann.

Ein Regierungswechsel, nicht nur ein Koalitionswechsel, ist mit unserem Modell bei jeder Wahl möglich, da der Wähler der Regierung entweder das Vertrauen aussprechen oder eine andere Partei wählen kann.

Unser Vorschlag ist somit die beste Möglichkeit klare Verhältnisse zu schaffen, ohne dabei die kleinen Parteien zu benachteiligen.

**Votum der Antragskommission:**

**Verweis an den BA**

---

## **Kreisverband Osnabrück-Land**

### **Gebietsreform**

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die JU Osnabrück-Emsland lehnt eine Gebietsreform im Land Niedersachsen, die von „oben herab“ den Landkreisen und Kommunen übergestülpt wird, ab. Gebietskörperschaften, die jedoch selber eine solche Zusammenlegung beschließen, sollten an ihrem Vorhaben nicht gehindert werden.

#### **Begründung:**

Gebietsreformen bedürfen nicht nur einer ökonomischen Analyse, sondern insbesondere die Betrachtung des Miteinanders der Bevölkerung. Eine Gebietsreform die ohne die Menschen gemacht wird, hat keinen Rückhalt. Die JU Osnabrück-Emsland fordert hier die Weitsichtigkeit der politischen Entscheidungsträger ein!

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**

---

## **Kreisverband Osnabrück-Stadt**

### **Erhalt der Optionskommune**

#### **Der Bezirksdelegiertentag möge beschließen:**

Die Junge Union Osnabrück/Emsland fordert die Niedersächsische Landesregierung und die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auf, sich für den Erhalt der Optionskommunen einzusetzen. Weiterhin und unbefristet soll es möglich bleiben, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen und die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II in kommunaler Verantwortung (Optionsmodell) zu übernehmen.

#### **Begründung:**

Viele niedersächsische Landkreise und Kommunen haben sich bei der Arbeitsvermittlung im Rahmen der Experimentierklausel für das Optionsmodell entschieden. Die optierenden Gebietskörperschaften nehmen die Aufgaben als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II ohne die Bundesagentur für Arbeit (BA) wahr.

Mit dem Urteil vom 20. Dezember 2007 hat das Bundesverfassungsgericht die aus den Gebietskörperschaften und der BA gebildeten Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) nach dem SGB II als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt. Dem Gesetzgeber wurde vom BVerfG aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2010 eine verfassungskonforme Lösung für die Organisation der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende zu finden.

Eine zukünftige Trennung der Aufgabenträgerschaft, wie von dem Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz (SPD) vorgeschlagen, d.h. Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung erfolgen getrennt durch die Kommunen sowie die BA, wäre ineffektiv und uneffizient. Bundesweit haben sich bisher nur 21 Kommunen für die getrennte Aufgabenträgerschaft ausgesprochen. Es existieren jedoch 353 ARGEn und 69 Optionskommunen.

Eine ganztägige Lichtpflicht für KFZ aller Art wird zur Sicherheit auf Deutschlands Straßen beitragen. Die Niederlande haben die ganztägige Lichtpflicht in diesem Jahr neueingeführt mit dem Ziel die Unfälle im Straßenverkehr zu minimieren. Die ganztägige Lichtpflicht gilt außerdem in anderen europäischen Staaten, u.a. in Polen, Dänemark, Estland, Finnland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Norwegen, Schweden, Tschechien Rumänien und Ungarn.

**Votum der Antragskommission:**

**Angenommen**